

Frau Schlich ergänzte hierzu, es gäbe ein mögliches Grundstück für den Neubau der Kindertagesstätte Quellenstr. in Swisttal-Heimerzheim. In der letzten Sitzung des Gemeinderats Swisttal sei entschieden worden, dass dieses Grundstück zu einem Preis erbverpachtet werden könne, der viermal so hoch sei wie die Erbpacht, die die Kita für das jetzige Grundstück zahle. Es sei abzusehen, dass der Träger der Kindertagesstätte dies nicht finanzieren könne. Man müsse nun überlegen, wie es weitergehen könne. Im schlechtesten Falle müsse die Kita wieder an der gleichen Stelle aufgebaut werden. Dann bestünde die Gefahr, dass die nächste Flutkatastrophe das Gebäude erneut zerstöre.

Herr Leuning teilte mit, dass er ebenfalls auf dieses Thema angesprochen worden sei. Er hoffe, dass der Neubau nicht an der Finanzierung scheitere. Das wäre sehr bitter und er bat darum wohlwollende weitere Überlegungen bezüglich der Finanzierung anzustellen.

Weiterhin teilte er mit, dass er aus der Elterninitiative die Rückmeldung erhalte, dass man frustriert sei und sich allein gelassen fühle. Dies sei nicht auf das Kreisjugendamt bezogen, sondern zeige eher das Grundproblem: dass Vorstände im Ehrenamt und berufstätige Eltern dieses Projekt managen müssten. Er fragte nach, ob es möglich sei, seitens des Kreisjugendamtes eine Art Projektmanager*in zu stellen, die nicht nur beratend tätig sei, sondern auch proaktiv helfe, dieses Projekt zu stemmen, sodass in 2 Jahren der Neubau der Kita abgeschlossen sein könne.

Frau Schlich erwiderte, das Kreisjugendamt sei schon sehr wohlwollend. Es sei klar, dass weder die Versicherungsleistungen noch die Bundes- oder Landesmittel ausreichen würden, den Neubau zu finanzieren. Hierdurch würde nur die Wiederherstellung des Gebäudes finanziert. Ein Neubau sei teurer.

Sie vermute, der Gemeinderat der Gemeinde Swisttal würde heute Abend das Benehmen zum Kreisjugendamtshaushalt versagen. Gleichzeitig beantrage Herr Leuning zusätzliche freiwillige Kosten in den Kreisjugendamtshaushalt aufzunehmen. Sie könne ihn verstehen. Aber es sei sehr schwierig, da sich das ebenfalls auf die Jugendamtsumlage auswirken würde.

Die Gemeinden und das Kreisjugendamt müssten gemeinsam den Rechtsanspruch sicherstellen. Manche Gemeinden stellten das Grundstück zur Verfügung. In manchen Gemeinden müsse, unter Umständen auch wegen der Haushaltslage, hierfür etwas bezahlt werden.

Die Realisierung eines Projektmanagers sei mit dem vorhandenen Personal nicht möglich, sodass hierfür zusätzliches Personal erforderlich wäre und somit ebenfalls zusätzliche Kosten entstehen würden. Das Kreisjugendamt bemühe sich, für Fragen immer ansprechbar zu sein und zu unterstützen. Frau Schlich versprach noch einmal proaktiv auf den Vorstand zuzugehen. Im Übrigen stünde man – zuletzt noch heute – in intensivem Mailverkehr mit dem Trägerverein.

Natürlich möchte man das Projekt nicht scheitern lassen. Jedoch würde die Übernahme der Erbpachtkosten bedeuten, dass auch in den anderen Gemeinden die Grundstückskosten übernommen werden müssten. Dadurch würde die Jugendamtsumlage enorm steigen.

Frau Kunert warf ein, dass Sie weitergehende Fragen der Finanzierung lieber im öffentlichen Teil behandeln würde.

Herr Leuning verneinte weitere Fragen.

Frau Donie bat darum, im Protokoll oder im nächsten Jugendhilfeausschuss den weiteren Sachstand zu den Verhandlungen mitzuteilen. Frau Schlich bestätigte, dass vorliegende Information immer weitergegeben würden. Eine weitere Behandlung des Themas im nichtöffentlichen Teil hielt Frau Donie nicht für erforderlich.